

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei Th. Kirchhübel in Hachenburg.

Der achteitigen Wochenbeilage Illustriertes Sonntagsblatt.
Schrift für Drahtnachrichten.
Hachenburg, Fernruf Nr. 72

45 Bezugspreis: wochentlich 270 M., monatlich 9 M. 12 mit Bringerlohn; durch die Post 2.55 M. bezw. 85 M. ohne Bringerlohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.
Hachenburg, Freitag den 18. Oktober 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus) die sechszeilige Zeile oder deren Raum 20 M., die Restzeile 60 M. 11. Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.
Oktober. Fortgesetzte Angriffe auf die Westfronten.
Kampfbereit, deutscher Kronprinz und Seeresgruppe.
Der Feind kann auf einzelnen Geländestrecken vorwachen, wird aber im übrigen durchweg abgewiesen.

Der Ruf der Stunde.

Sind in diesen Tagen auf eine harte Probe gestellt. Ende des deutsch-amerikanischen Notenwechsels, oder sieht da die Furie des Krieges in allereder, ein Volk, das man demütigen und democh noch auflegen will, zur letzten höchsten Kraftempfehlung? Das ist die bange Frage, die uns allen beschäftigt, während die Führer — militärischen und politischen — am Werke sind, auf eigenartige zweite Note die Antwort zu entwerfen. Wir dürfen vertrauen, daß die Männer an der Spitze der Regierung im Verein mit allen verantwortlichen Faktoren die Verhandlungen auch weiterhin so werden, daß nichts unverluchtet bleibt, dem deutschen Frieden mit Ehren zu sichern, aber es darf nicht verschwiegen werden, daß Wilsons neue Art zu uns und unser Friedensbestreben vor eine harte Probe stellt.

Wir, einst den Unterdrücker Europas besieg, Hunger, Not, Elend und Tod uns den Weg zurubahn, durch unendlichen Gader und Bruderkrieg, Vertetank und tausend innerstaatliche Widerwärtigkeiten Einheit und Einigkeit erzungen, im größten Siege der Weltgeschichte die glänzendsten Siege erlangt und uns mannhafte vier Jahre gegen eine Welt von behauptet haben, nun eines Tages willenslos, daß man uns einen entehrenden Frieden auferlegt, unsere Wirtschaftskraft vernichtet, uns auf dem Weltbehindert, wenn nicht von ihm abschneidet, nicht zuletzt das ganze werklätige Volk unmarbeit für die Feinde zwingt. Wer will er uns! Wer aber nur kann daran zweifeln, unser Los aussieht, wenn wir einen entehrenden Frieden schließen etwa in dem Sinne, wie ihn die Feinde jetzt aus Anlaß der Wilsonschen zweiten Antommant? Wir wollen frei sein, wie die Väter und wenn wir dem nicht frei leben sollen, weil Feinde uns vernichten wollen, so sei der letzte Gang. Es geht um alles, um Heimat und Herd, um und Zukunft.

In dieser letzte Kampf, den uns ein entwürdigender Vorschlag aufnötigt, aussichtslos? Nein und mal Nein! Auch die Kräfte des Feindes sind nicht unsterblich. Nicht umsonst wirft sich immer neue Waffen mehrere eichene Front, nicht umsonst reißt er Angriff an. Er will — alle Ententeorgane verkünden es wieder — noch vor dem Hereinbrechen des eine Entscheidung erzwängen, gerade weil er daß seine Mittel ihm nicht erlauben, die unbeschränkt fortzusetzen. Deshalb will er die Front zermürben, unsere Armeen im Felde oder aber bei einem Waffenstillstand ihre Wecklösung. Es soll ihnen bis zur Entscheidung keine Ruhe gegönnt werden, weil er fürchtet, daß kann das gelanglich sich werden könnte. Und weshalb schent französische Generalfiskus keinen Einlaß, weshalb in einer fiebernden Hast zur Eile? Den Ländern ante droht für den Winter Mangel an allem Notem, und mit jedem Tage wächst die Gefahr, die den des Krieges in den Ententeländern unerträglich könnten.

Die Würdigkeit, Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit, die jene Stimmung unter uns hat erwachen die diese Stunden tiefster Qual heraufbeschworen. Wenn die Verhandlungen mit Wilson zu keinem führen, wenn uns der Entscheidungstempel aufgen wird, dann wird es Aufgabe der neuen sein, alle Volkskräfte, die ein kostbares unerschöpfliches Gut darstellen, zusammenzufassen, zu und im nationalen Zeichen dem einen großen dienlich zu machen: Rettung der Heimatserde, zurückziehen, wenn die Scholle, auf der er ward, die keine Kinder und damit seine Zukunft in Gefahr ist? Wer will noch müde und hoffnungslos Hände in den Schoß legen, wenn das Vaterland zum letzten Male, ruft? Wir wissen jetzt, was unseren Feinden zu erwarten haben, und wenn Macht nicht ausreicht, wenn kein Wille zur Freiheit durch die Hege in Paris und London gewirkt, so bleibt uns keine Wahl.

Die Stunde läßt es nicht zu, vergangenen Fehlern gedenken und nach all den Ursachen der veränderten forschen. Das ganze Volk muß jetzt entschlossen schreiten. Entweder an die Arbeit, um wieder neu und neu zu schaffen, was dieser Krieg uns aber aber, wenn wir anders keinen ehrenvollen

Frieden haben können, nun die letzte Kraft an die Abwehr des Feindes setzen, der unsere Heimatserbe zum Kriegsschauplatz machen will. Die heilige Sache des Vaterlandes wills und Gott wird unsere Waffen segnen.

Die Antwort von Wilson.

Berlin, 17. Oktober.

Der amtliche Text der zweiten Wilsonschen Note, die der neutralen Welt eine so große Enttäuschung bereitet hat, wird voraussichtlich heute nacht hier eintreffen. Die Beratungen über die deutsche Antwort sind seit Dienstag Abend bereits im Gange, sie können natürlich zu keinem Abschluß gebracht werden, ehe nicht der genaue amtliche Wortlaut vorliegt. Aus diesem Grunde ist auch die für morgen anberaumte Reichstags-Sitzung abermals aufgeschoben worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich das Haus am Montag, spätestens Dienstag versammeln. Zu den Beratungen über die deutsche Antwort ist übrigens auch Admiral Scheer, der Chef des Admiralsstabes, in Berlin eingetroffen. Die militärischen Beratungen, die die Wilsonsche Note erfordert, finden im Hauptquartier statt.

Der Verband will den Gewaltfrieden.

In England und Frankreich glaubt man nicht an eine Verständigung, die Deutschlands Ehre nicht berührt. So meldet das Londoner Reuterbureau. Die Alliierten billigten den Wortlaut der Note Wilsons. Sie sind nicht geneigt, Gelegenheit zu geben, die Diskussion zu verlängern. Die Deutschland erteilte Antwort ist endgültig. Für die Alliierten handelt es sich jetzt nur um eine Angelegenheit, die die Truppen im Felde angeht, und die Truppen scheinen diese Angelegenheit in befriedigender Weise zu lösen.

Und die französische Agence Havas meint: Wilson lehnt den deutschen Vorschlägen eine klare Ablehnung entgegen. Die Deutschen haben also ihr Anerbieten an Foch zu richten, er hat zu entscheiden über alle Garantien, damit die jetzige Überlegenheit unserer Heere aufrechterhalten bleibt. Die feierliche Versicherung Wilsons, daß es unmöglich ist, einen Waffenstillstand in Betracht zu ziehen, so lange die Deutschen ihre Braktiken, die dem Völkerrecht widersprechen, fortsetzen werden, wird mit Dankbarkeit von der Bevölkerung der systematisch verwüsteten Gebiete aufgenommen werden, vielleicht den feindlichen Oberen zu denken geben. Schließlich beweist Wilson, indem er sich vorbehält, Österreich-Ungarn getrennt zu antworten, daß das Schicksal Österreich-Ungarns nicht mit dem Deutschlands verbunden ist, was auch immer die Regierung Berlins tut, um das Bündnis aufrechtzuhalten.

Ihre Vorbedingungen.

Der Londoner Korrespondent des Haager „Nieuwe Courant“ verrät, daß eine der Bedingungen des Waffenstillstandes die sein wird, daß die deutschen Heere sich hinter den Rhein zurückziehen und daß die Alliierten die bedeutendsten Brückenköpfe am Rhein besetzen. — Die amerikanischen Blätter besprechen Wilsons Gegenantwort als Aufforderung, die Hohenzollerndynastie abzuleben und sich bedingungslos zu ergeben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Frage der Befehung des Staatssekretariats des Kriegsernährungsamtes scheint noch nicht gelöst zu sein. Bekanntlich hat der Staatssekretär v. Waldow sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Während es zunächst hieß, daß er im Amte bleiben werde, verlautete dann, daß er doch gehen würde, und Oberpräsident v. Batocki wurde als sein Nachfolger genannt. Jetzt aber wird bekannt, daß Herr v. Batocki es abgelehnt habe, nochmals die Leitung des Kriegsernährungsamtes zu übernehmen, und daß er in Ostpreußen zu bleiben gedenke.

Die Fragen der Demobilisierung der Arbeiterschaft werden in einer besonderen Kommission des Reichswirtschaftsamtes lebhaft erörtert. Der Kommission gehören Mitglieder sämtlicher Reichsressorts, der militärischen Behörden und der bundesstaatlichen Behörden sowie einige Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an. Die Aufgabe dieser Kommission ist, den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes in den einschlägigen Fragen zu beraten und alle langwierigen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden auszuschießen. Es soll von dieser Kommission auch festgestellt werden, in welcher Reihenfolge die Entlassungen aus dem Heere zu erfolgen haben unter Berücksichtigung der Bevölkerungverteilung, der Wohnungsverhältnisse und der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Großbritannien.

Der Wiederzusammentritt des englischen Unterhauses stand im Zeichen des Waffenstillstandsangebots. Es wurden viele Fragen über die schlechte Behandlung britischer Kriegsgefangenen durch die Deutschen und über Verhältnismäßigkeiten gestellt. Ein Mitglied erklärte

unter dem Vorfall des Hauses, was die Türkei betreffe, so sei die bedingungslose Auslieferung der britischen Kriegsgefangenen die Voraussetzung für jeden Waffenstillstand. Was die Mittelmächte betreffe, so sei es nicht erwünscht, die Bedingungen, unter denen allein einem Waffenstillstand zugestimmt werden könnte, einzeln zur Sprache zu bringen. Bonar Law sagte in Beantwortung anderer Fragen, es sei nicht erwünscht, im jetzigen Augenblicke irgendeine Erklärung über die militärischen Operationen oder über Friedensmöglichkeiten abzugeben.

Finnland.

Die Möglichkeit der Räumung der östlichen Gebiete durch die deutschen Truppen wird von einem Teil der finnischen Zeitungen mit großer Sorge besprochen. Man meint, im Interesse der von Rußland befreiten Völker sei es notwendig, daß die führenden Weltmächte sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten über Maßnahmen verständigen, um die Randstaaten vor der drohenden bolschewistischen Gefahr zu schützen. Das sei nicht nur um dieser Völker willen notwendig, sondern im Interesse ganz Westeuropas und seiner Kultur. Der Kampf gegen eine allgemeine Weltanarchie sei ein Kampf der Kultur gegen die Barbarei, ein Kampf wahrer Demokratie gegen den Terror der schlechtesten Elemente der Gesellschaft. Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen und die Ukraine seien Europas Vorposten gegen den Bolschewismus und bedürften internationaler Unterstützung. Sie dürfen um keinen Preis ihrem Schicksal überlassen werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 17. Okt. Wie die hiesige russische Volkstanz mitteilt, ist das Gerücht, daß auf Lenin ein Anschlag verübt worden ist, unzutreffend.

Berlin, 17. Okt. Der Reichstag wird der D. T. Sta. zufolge wahrscheinlich erst am Montag zusammentreten.

Berlin, 17. Okt. Der deutsche Arbeiterkongress wendet sich in einem Brief an die Streiter an der Front wie in der Heimat an die Arbeiter der Ententeländer.

Berlin, 17. Okt. Vor dem Reichstagsgebäude veranstaltete gestern die Unabh. Sozialdemokratie eine Kundgebung, in deren Verlauf es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam, die von der blanken Waffe Gebrauch machen mußte. Drei Personen wurden verhaftet.

Berlin, 17. Okt. Die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat einstimmig beschlossen, für die drei Verfassungsprojekte, also auch für das gleiche Wahlrecht, in der Form von der Herrenhauskommission gegebenen Fassung zu stimmen.

Wien, 17. Okt. In einer Kundgebung aller politischen deutschen Parteien, wirtschaftlichen und konfessionellen deutschen Organisationen und vielen deutschen Vereinen der Provinz Bolen, die der Reichsleitung sowie den Fraktionen des Reichstags telegraphisch übermittelt worden ist, wird gegen die polnischen Ansprüche auf Bolen energig Protest erhoben.

Lugano, 17. Okt. Angesichts der jüngsten Friedensschritte beruft der Papst das wiederholt vertagte Konsistorium für Dezember ein. Möglichst alle Kardinäle der ganzen Welt sollen daran teilnehmen.

Kiew, 17. Okt. Der frühere russische Finanzminister Kozlow wurde von einem Volksgericht zum Tode verurteilt und erschossen.

Wien, 17. Okt. In der österreichischen Delegation verlas ein Mitglied den ukrainisch-österreichischen Geheimvertrag, den Graf Burian in Brest-Litowsk abgeschlossen hat. Es kam zu stürmischen Szenen.

Die preussische Wahlreform.

Nach den Beschlüssen der Herrenhauskommission.

Am 24. d. Mts. tritt das preussische Herrenhaus zusammen, um über die Verfassungsänderung zu beraten. Man darf wohl als sicher annehmen, daß das Haus den Beschlüssen seiner Kommission beitreten wird, und daß die Vorlagen dann auch unverändert vom Abgeordnetenhaus angenommen werden.

Die wichtigsten Bestimmungen.

Nach den Beschlüssen des Herrenhauses belegen die wichtigsten Bestimmungen über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus:

§ 1. Wahlberechtigt ist jeder Preuße, der mindestens 25 Jahre alt ist, in der preussischen Gemeinde, in der er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, wählt derjenige, der in dem letzten Jahre in einem anderen Wahlbezirk umgezogen ist, in demjenigen Wahlbezirk, dem er vor seinem Umzug angehörte.

§ 2. Jeder Wähler hat eine Stimme.
§ 3. Die Wahl ist geheim. Gewählt wird mit verdeckten Stimmzetteln. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 4. Folgende Wahlbezirke wählen nach der Verhältniswahl:

- | | |
|-------------------|-------------------|
| 1. Köln 1. | 10. Potsdam 11. |
| 2. Breslau 4. | 11. Düsseldorf 5. |
| 3. Wiesbaden 11. | 12. Schleswig 14. |
| 4. Düsseldorf 4. | 13. Danzig 2. |
| 5. Potsdam 10. | 14. Regensburg 4. |
| 6. Hannover 4. | 15. Düsseldorf 2. |
| 7. Düsseldorf 13. | 16. Arnberg 11. |
| 8. Magdeburg 4. | 17. Aachen 2. |
| 9. Königsberg 1. | |

Die Einführung der Verhältniswahl in weitere bestehende Wahlbezirke erfolgt im Wege des einfachen Gesetzes.

§ 25a. Für Kriegsteilnehmer (Aberhöchster Erlass vom 7. September 1915 — Reichsgesetzbl. S. 599) ist bei der ersten Wahl auf Grund dieses Gesetzes der sechsmonatige Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde oder dem Wahlbezirk (§ 1 Abs. 1 und 2a) nicht Voraussetzung der Wahlberechtigung.

§ 25b. Für die erste allgemeine Wahl nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes können die Listen für die Aufstellung, Auslegung und das Inkrafttreten der Wählerlisten vom Staatsministerium abweichend festgesetzt werden.

§ 26. Zur Ausführung dieses Gesetzes erläßt das Staatsministerium eine Wahlordnung. In dieser sind insbesondere die zur Sicherung des Wahlgeheimnisses sowie der Wahlfreiheit erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

Die Wahlordnung sowie jede Änderung sind dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen.

Zu den Wahlbezirken, in denen die Zahl der Abgeordneten vermehrt wird, kommen nach Roddam 4 mit vier zu wählenden Abgeordneten, Potsdam 11 mit drei (nach dem Beschluß des Abgeordnetenhauses zwei) Abgeordneten, Münster 4 mit drei, Arnberg 5 und 8 mit drei, Wiesbaden 11 mit drei, Düsseldorf 4 mit drei, Düsseldorf 13 mit drei Abgeordneten. Insgesamt wird die Zahl der Abgeordneten um 44 (statt nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses um 26) vermehrt.

Die Beschlüsse hinsichtlich der konfessionellen Sicherungen stimmen mit dem des Abgeordnetenhauses überein. Danach wird der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschule verfassungsgemäß gewährleistet, und Artikel 107 der Verfassungsurkunde erhält folgenden Wortlaut: „Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung geändert werden, wobei in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich ist. Die gleiche Vorschrift gilt für Gesetze, durch die die Verordnung wegen Bildung der Ersten Kammer vom 12. Oktober 1864 abgeändert wird.“

Kaiser Karl an seine Völker.

Wien, 17. Oktober.

Eine Sonderausgabe der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht folgendes Allerhöchste Manifest:

In meine getreuen österreichischen Völker! Seitdem ich den Thron bestiegen habe, ist es mein unentwegtes Bestreben, allen meinen Völkern den ersuchten Frieden zu bringen, sowie den Völkern Österreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums unbehindert durch Gemüthsruhe und Reibungen zur segensreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwerten können. Das furchtbare Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt. Selbennut und Treue — opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland ruhmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges müssen uns den ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wie heute mit Gottes Hilfe stehen.

Nunmehr muß ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der österreichischen Völker sind hierbei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und der Erfüllung auszuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung meiner Völker im Geiste jener Grundzüge durchzuführen, die sich die verbündeten Monarchen in ihrem Friedensangebot zu eigen gemacht haben. Österreich soll dem Willen seiner Völker gemäß zu einem Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hierdurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend eine Sonderstellung.

Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten. Sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Insbesondere wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen.

Bis diese Umgestaltung auf gesetzlichem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht. Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbau Österreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die — den Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehr mit meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland, gesegnet durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, Glück aller meiner Völker bedeutet.

Die neuen Staaten.

Das alte Österreich soll hinfort unter Aufhebung der alten Kronlandsgrenzen in vier selbständige Staatswesen geteilt werden. Sie sollen sich dann zu einem Staatenbunde zusammenschließen, derart, daß jedes selbständig, aber doch ein festgefügtes Glied des Ganzen ist.

Der deutsch-österreichische Staat wird voraussichtlich aus den alten innerösterreichischen Provinzen Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Salzburg, Nord- und Mitteltirol, Kärnten und den deutschen Teilen Böhmens bestehen.

Der tschechische Staat wird sich aus Böhmen und Teilen von Mähren zusammenschließen, während die deutschen Teile Mährens, besonders das nördliche und das südliche Mähren, Westschlesien und Teile von Ostschlesien zum deutsch-österreichischen Staat geschlagen werden.

Der ungarische Staat soll die slawischen Teile der Steiermark, Krain, das Küstenland mit Ausnahme von Triest und Dalmatien umfassen. Das Königreich Serbien aus Napoleon I. Zeit steht wieder auf.

Aus Ostgalizien soll das Kaiserthum Galizien gegründet werden, so benannt nach der Stadt Galiz, die einst die Hauptstadt des ukrainischen Staates gewesen ist.

Die polnischen Gebiete Österreichs, das ist Westgalizien und Teile von Ostschlesien sollen zum Königreich Polen geschlagen werden.

Das Schicksal Südtirols ist noch nicht entschieden, während Triest, das heimgestrittene, reichsunmittelbare Stadt werden soll.

Ungarns Trennung von Österreich.

Alle Gemeinsamkeit zwischen Österreich und Ungarn wird nach den Umwandlungsplänen von nun an aufgehoben. Die beiden bisherigen Reichshälften werden nur noch dem Herrscher gemeinsam haben, dagegen besonders auf dem Gebiet des Heerwesens, der äußeren Politik und der wirtschaftlichen Interessen völlig voneinander getrennt sein. Unentschieden ist noch das Schicksal der Reichslande, Bosniens und der Herzegowina. Wie verlautet, ist geplant, daß Ungarn durch das gegenwärtig noch zu Österreich gehörende Kronland Bukowina erweitert werden soll, doch werden sich gegen diesen Anschlag zweifellos die Deutschen und die Bukowinener Ukrainer aufs äußerste wehren. Unentschieden ist noch, ob Serbien und Slowenien, die gegenwärtig mit der Stephanskrone vereint sind, aus dem ungarischen Staatsverbande auscheiden und vielleicht mit den künftigen Reichsländern Bosnien und der Herzegowina zu einem neuen Staatsgebilde vereinigt werden.

Die Kämpfe in Flandern.

Mitteilungen des Wolffischen Telegraphen-Bureaus. Großes Hauptquartier, 17. Oktober.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Auf dem Kampfsfeld nahmen wir unsere Front in die Linie östlich von Torhout—Koolstomp—Ingelmünster, im Anschluß hieran hinter die Vos zurück, nach stärkstem Feuer auf das geräumte Gelände schloß der Feind an unsere neuen Stellungen heran.

Weiterseits von Koolstomp griff er sie mit starken Kräften bei Torhout und Ingelmünster in Teilverstößen an. Auch genau die Höhefront bei Kortrijk und Neuen führte er heftige Angriffe. Der Feind wurde überall abgewiesen.

Gegen unsere neue Front zwischen Lille und Douai ist der Feind gestern bis in Linie Capinghem—Allenes les Marais—Carvin Dignies gefolgt. Am Selle-Abchnitt drang der Gegner bei Haussy in unsere Linien ein. Radfahrer-Bataillone warfen den Feind im Gegenangriff zurück und nahmen die alte Stellung wieder. Die Beschießung der Stadt Denain durch englische Artillerie hält an und hat weitere Opfer unter den französischen Einwohnern und Flüchtlingen gefordert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An der Oise zeitweilig Artilleriekampf. Erneute Angriffe der Franzosen nördlich von Origny wurden abgewiesen. An der Aisne und an der Aire scheiterten starke französische Angriffe vor unserer neuen Linien westlich von Grandpre.

Heeresgruppe Gallwitz.

Stütz der Aire wurden amerikanische Angriffe, deren Hauptstoß sich gegen Champignuelle und Landres richtete, abgewiesen. Beide Orte wurden gehalten.

Die Höhe südlich von Landres blieb nach wechselvollem Kampf in Feindes Hand. Auch auf dem Ostufer der Maas scheiterten erneute Angriffe des Feindes. Bei Abwehr des westlich von Flabas mit Panzerwagen vordringenden Gegners zeichnete sich die 1. Landwehr-Division besonders aus.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Vor unserer neuen Front zwischen Jagodina und Nisch hat der Feind die westliche Morava—Kruševac und Melkincac erreicht. Teilangriffe, die er aus dieser Linie heraus führte, wurden abgewiesen. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Staatssekretär Bauer über die Kriegsanleihe:

Es komme, wie es wolle, die Kriegsanleihe ist gesichert, dafür wird Reichstag und Regierung sorgen.

Der Abtransport der französischen Bevölkerung.

Da sich in der Gegend von Cambrai und Douai schon wochenlang schwere Kämpfe abspielten, hat sich die Heeresleitung verpflichtet gesehen, die Zivilbevölkerung rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Die Abführung war eine sehr schwierige Sache, da vor allen Dingen die Ostausgänge der Stadt unter Feuer gehalten wurden. Man hatte der Bevölkerung durch öffentliche Ansprachen mehrere Tage zuvor die Abführung bekanntgegeben. Darauf erfolgte die persönliche Aufforderung an die Familien, Besprechungen mit dem Bürgermeister, Ausgabe von Einreisepässe, Einteilung in Kolonnen und die Verpflegungsausgabe für mehrere Tage. Außerhalb des Ortes wurden Sammelplätze angelegt und von der Militärbehörde Pferde, Wagen und Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt, die für die Zeit und Dauer des Abtransportes der Bevölkerung für Militärzwecke gesperrt waren. Die Kolonnen wurden von Begleitmannschaften übernommen, die sie auf befohlenen Straßen nach Orten des Hinterlandes brachten, nach denen Quartiermacher vorausgeschickt waren. Auf den Wasserstraßen Nordfrankreichs transportierte man Greise, Kranke und Kinder, die den Anstrengungen des Fahrens auf den Landstraßen nicht gewachsen gewesen wären. So wurden sachgemäß auf Bahnen aus Douai 500 Kranke und Krüppelkinder und 250 kranke Frauen aus Hospitälern unter Aufsicht eines Arztes und mit Unterstützung von Sanitätspersonal vor den englischen Granaten in Sicherheit gebracht.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 17. Okt. Das Abschiedsgesuch des Generals v. Francois ist nunmehr vom Kaiser genehmigt worden. Der

verdiente Heerführer, der nicht weniger wie 91 Schlachten geleitet hat, ist unter Verleihung der Krone des Kaiserthums in die russische Garde-Grenadier-Regiments Nr. 3 kommandirt. Die Verleihung des Großkreuzes des Roten Adler-Ordens und die Verleihung des Ordens der Heiligen Anna erster Klasse sind ebenfalls mit der Beförderung verbunden.

Wien, 17. Okt. Der amtliche Deutscher Bericht über die italienische Vorkämpfe in den Gebirgsgegenden, die im Albanien nördlich von Triest abgewiesen.

Schlussspenden.

Drabt- und Korrespondenz-Meldungen. Beschlüsse des Bundesrats.

Berlin, 17. Okt. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. Eine Bekanntmachung über Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Mädchen in Glasbläuen, Glasbleisereien und Glasbleisereien Sandbläuerien, 2. die Vorlage wegen Reiseversicherung, 3. eine Bekanntmachung über Befreiung von Einkommensteuer, 4. eine Bekanntmachung über Befreiung von Grundsteuer, 5. eine Bekanntmachung zur Änderung der Verordnung über die Schiffsreise für Petroleum und Verteilung der Petroleumbeihilfen.

Großer Kanzlervertreter für Kriegszustand. Berlin, 17. Okt. Nach § 3 der Kaiserlichen Verordnung vom 15. Oktober 1918 zur Ausführung des Gesetzes über Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 tritt der Oberbefehlshaber alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einklang mit dem Reichskanzler oder dem von ihm beauftragten Vertreter. Auf Grund dieser Vorschrift hat der Reichskanzler den Staatssekretär Groeber zu seinem Vertreter für diesen Geschäftsbereich bestellt.

Ausgestaltung des mecklenburgischen Wahlrechts. Schwerin, 17. Okt. Die mecklenburgische Regierung hat dem Landtag dem Vernehmen nach eine Vorlage vorgelegt, nach der das Wahlrecht für die allgemeinen Wahlen folgende Ausgestaltung erfahren soll.

Eine Million Engländer gefallen. Prag, 17. Okt. Wie aus London heute nach hier gemeldet wird, sind bisher in diesem Kriege eine Million Engländer gefallen.

Der amerikanische Truppenmarsch. Genf, 17. Okt. General Pershing machte einige Bemerkungen mit Blick auf die französische Oberbefehlshaber. Er sprach sich über die amerikanische Truppenaufstellung und die Absicht, die amerikanische Truppenaufstellung zu vergrößern.

Hoch Mitwirkung bei der zweiten Wilson-Note. Genf, 17. Okt. Eine Saava-Meldung besagt, es ist ersichtlich, daß der französische Oberbefehlshaber sich bei der Abfassung der zweiten Wilson-Note beteiligt hat.

Die Belgier sollen sich zur Heimkehr rufen. Basel, 17. Okt. Aus London wird gemeldet, die England befindlichen Belgier seien von der Regierung nachrichtig worden, sie möchten sich in der Voraussicht eines Friedensschlusses zur Rückreise in ihre Heimat vorbereiten.

Neue Entente-Konferenzen in Paris. Rotterdam, 17. Okt. Nach einer Meldung des Telegraphen werden die leitenden Staatsmänner der Entente bereits in allerhöchster Zeit in Paris zu einer neuen Konferenz zusammentreten, um die durch den deutsch-amerikanischen Notenwechsel geschaffene Lage zu erörtern und Beschlüsse von entscheidender Bedeutung zu fassen.

Nah und Fern.

o Verlängerung der Zeichnungsfrist für die Kriegsanleihe. Von den verschiedensten Seiten ist an das Reichskanzleramt und an die Reichsbank das Ansuchen gerichtet worden, die Zeichnungsfrist für die 9. Kriegsanleihe zu verlängern. Dem Vernehmen nach ist beabsichtigt, die Anträge zurückzugeben und den Zeichnungsfrist um ungefähr 14 Tage hinauszuschieben. Der endgültige Schlußtermin dürfte in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

o Briefe an Kriegsgefangene. Briefsendungen an China festgehaltene Angehörige der deutschen Wehrmacht können, da die Beförderung über die amerikanische Schwierigkeiten begegnet, dem Informationsbureau der Niederländischen Roten Kreuzes in Haag zur Beförderung übermittelt werden. Postsendungen an deutsche Kriegsgefangene werden über die Schweiz geleitet. Die Anweisungen für diese Gefangenen sind an die Oberpostdirektion in Bern zu richten.

o Die Grippe. In Berlin soll nach Mitteilungen die Grippeepidemie ihren Höhepunkt überschritten haben. Die Neuerkrankungen bei den großen Lehranstalten waren gering, so daß weitere Beschränkungen des Verkehrs nicht erfolgten. Die Schulen sind nicht geschlossen worden. Der Berliner Volksgesundheitsrat warnt vor dem Besuch von Kinos und Theatern, sowie dem nicht unbedingt notwendigen Aufenthalt in Straßenbahnen und Eisenbahnen. Stark ist Polen betroffen. Der polnische Süd- und Westdeutschland herrscht die Epidemie stark. Viele Opfer fordert die im Gefolge der Grippe auftretende Augenentzündung. Der neue Staatsminister Erzberger hat seinen 18-jährigen Kriegsfreiwilligen Sohn an Grippe im Kriegslazarett Karlsruhe verloren. — Schweden wird berichtet, daß man seit der Grippeepidemie vor etwa 80 Jahren keine so große Grippeepidemie erlebt hat. Die überall herrschende Wohnungs- und Lebensmittelnot wird als wesentliche Ursache für die Verbreitung der Grippe angesehen.

Bunte Tages-Chronik.

Hamburg, 17. Okt. Aus einem Zigarrengeschäft sind Schleiendrüsen entwendeten Eindringler für 80000 Zigarren.

Mitton, 17. Okt. In Wandsbek wurden in einem Pflanzwagen 900 Kilogramm Fleisch gefunden und beschlagnahmt. Berlin, 17. Okt. In Schöneberg wurde heute ein 23-jährige Anna Winter ermordet aufgefunden. Der Mord ist durch Erwürgen erfolgt. Der Täter, wahrscheinlich ein Mann, ist noch nicht entdeckt.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzer in Dagenburg.